



Schweizerische Eidgenossenschaft

Frau Doris Leuthard
Bundespräsidentin
Kochergasse 6
3003 Bern

Bern, 06. Mai 2017

Stellungnahme des vpod zur Umsetzung des ersten Massnahmenpakets zur Energiestrategie 2050

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Leuthard
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

Der vpod unterstützt die Energiestrategie 2050 grundsätzlich. Er setzt sich dafür ein, dass das Ziel einer nachhaltigen und sicheren Energieversorgung erreicht werden kann. Eine Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Umstieg auf eine sichere und saubere Energieversorgung sieht der vpod in der Investition in die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften und die Absicherung der Arbeitsbedingungen. Im Rahmen der vorliegenden Vernehmlassung erlauben wir uns, zu verschiedenen Vorschlägen auf Verordnungsebene aus der Sicht der Arbeitnehmenden Stellung zu nehmen:

Verordnung über die Förderung der Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien

Bisher in der EnV enthaltene sowie neue Regelungen betreffend die Verwendung der Mittel des Netzzuschlags für die Förderung der Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien werden neu in einer separaten Verordnung zusammengefasst. Dies betrifft das Einspeisevergütungssystem, die Einmalvergütung, Investitionsbeiträge und die Förderung bestehender Grosswasserkraftanlagen.

Mit Inkrafttreten des neuen EnG werden die Mittel zur Förderung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien erhöht. Aufgrund der nach wie vor grossen Nachfrage reichen diese aber nicht aus, um alle auf der Warteliste stehenden Photovoltaik-Projekte ins EVS aufzunehmen. Vor diesem Hintergrund sollen Kleinanlagen mit einer Leistung von weniger als 100 kW künftig nur noch die EIV in Anspruch nehmen können. Im Rahmen dieser Vernehmlassung werden zudem zwei Varianten zum Abbau der KEV-Warteliste vorgeschlagen.

- **Grundsätzliche Bemerkung:** Die Förderung der Photovoltaik muss grundsätzlich stärker ausfallen, ihre Potenziale müssen umfassend genutzt werden, der jährliche Zubau muss wachsen. Um dies zu ermöglichen, ist Planungs- und Investitionssicherheit wichtig. Dazu gehören längere Vergütungsdauern, d.h. 20 statt 15 Jahre. Auch die Kürzung der Vergütungssätze um 20% werten wir kritisch. Schon die bisherigen Vergütungssätze waren knapp berechnet. Bestimmungen, welche die zügige Realisierung von Projekten bezwecken, begrünnen wir. Wir begrünnen auch die Ausweitung der Einmalvergütung auf Anlagen über 30 kW. Kritisch werten wir die *Verpflichtung* für Betreiber von Anlagen unter 100 kW auf der Warteliste, die EIV zu beziehen.

Marktprämie für Elektrizität aus Grosswasserkraftanlagen

Momentan sind die Preise im europäischen Stromhandel ausserordentlich tief. Die Preise sind derart eingebrochen, dass sie die Gestehungskosten der meisten schweizerischen Wasserkraftwerke nicht mehr decken. Da die Wasserkraft aber ein wichtiges Standbein der schweizerischen Stromversorgung ist, werden gemäss neuem EnG nicht nur neue Anlagen gefördert, sondern auch bereits bestehende Anlagen finanziell unterstützt. Demnach kann für denjenigen Strom aus Schweizer Grosswasserkraft (aus Anlagen mit einer Leistung von mehr als 10 MW), der am Markt unter den Gestehungskosten verkauft werden muss, eine Marktprämie beansprucht werden. Diese ist limitiert (1,0 Rp./kWh) und die insgesamt verfügbaren Mittel sind begrenzt. Die Massnahme ist auf fünf Jahre befristet (Art. 38 Abs. 2 EnG) und wird über den Netzzuschlag finanziert (Art. 35 Abs. 2 Bst. e EnG).

- **Der vpod weist darauf hin,** dass die auf fünf Jahre begrenzte Massnahme, im Falle eines sich nicht erholenden Preisniveaus im europäischen Stromhandel, wohl nicht ausreichen wird. Dies müsste zur Folge haben, dass entsprechende Folgemaassnahmen für die Unterstützung der Schweizer Grosswasserkraft frühzeitig angegangen werden.

Totalrevision der Energieverordnung

Neu soll die Nutzung erneuerbarer Energien und ihr Ausbau im nationalen Interesse liegen (Art. 12 EnG). Die Bedürfnisse der Energiegewinnung sind im Grundsatz anderen Interessen von nationaler Bedeutung gleichgestellt, insbesondere auch dem Schutzniveau, das Objekte im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN) geniessen. Dadurch kann im Einzelfall insbesondere zwischen der ungeschmälernten Erhaltung eines Schutzobjekts von nationaler Bedeutung und der Nutzung zur erneuerbaren Stromproduktion abgewogen werden. Das nationale Interesse wird aber auch die Interessenabwägung zwischen der erneuerbaren Stromproduktion und anderen Bundesinteressen (Landesverteidigung, Zivilluftfahrt, Gewässerschutz usw.) beeinflussen. Nach Artikel 12 Absatz 2 EnG explizit ausgeschlossen werden hingegen Neuanlagen in Biotopen von nationaler Bedeutung sowie in bestimmten Wasser- und Zugvogelreservaten.

Ob eine Anlage im nationalen Interesse liegt oder nicht, hat sich nach Artikel 12 EnG anhand der Grösse und der Bedeutung einer Anlage zu bestimmen. Die Grösse bezieht sich auf den Beitrag an die Elektrizitätsproduktion in der Schweiz. Von Bedeutung ist eine Anlage dann, wenn sie für die Energielandschaft Schweiz aus anderen Gründen als ihrer Brutto-Energieproduktion wichtig ist. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn eine Anlage zeitlich flexibel produzieren kann – sprich steuerbar ist – und das Netz nach Bedarf be- oder entlasten kann. Bei einer steuerbaren Anlage ist das nationale Interesse daher schon bei einem tieferen Schwellenwert für die Elektri-

tätsproduktion gegeben als bei einer nicht steuerbaren Anlage. Bei Windenergieanlagen ist zusätzlich von Bedeutung, dass sie in der Schweiz zwei Drittel ihres Ertrags während der Wintermonate liefern.

- **Grundsätzliche Bemerkungen hierzu:** Die Vorgabe bezüglich Grenzwerte soll nicht zu einem Freipass werden für beliebige oder für eine grosse Zahl von Anlagen. Mit zu tiefen Schwellenwerten könnte aber genau das passieren. Es gilt aus ökologischen Sicht darauf hinzuwirken, dass die Grenzwerte in einer vertretbaren Grösse gehalten werden.

Teilrevision der Stromversorgungsverordnung

Der vpod legt grundsätzlich den grössten Wert auf den Datenschutz. Wir begrüssen es, dass die Rahmenbedingungen zur Erhebung und Bearbeitung der Daten intelligenter Mess-, Steuer- und Regelsysteme aufgrund der hohen Sensibilität der Daten nach Art. 8d so vorgesehen werden sollen, dass die Mess-, Steuer- und Regelsysteme den Schutz der Privatsphäre ermöglichen. Diesem Umstand muss mit aller Sorgfalt Rechnung getragen werden.

Da gemäss Verordnungsentwurf nur noch intelligente Messsysteme eingesetzt werden dürfen, muss dem Schutz vor Manipulationen und anderen Fremdeinwirkungen höchste Beachtung geschenkt werden (Stichwort Cybercrime). Dies umso mehr, als auch stromfremde Messdaten über das intelligente Messsystem verwaltet werden können.

Wir bitten Sie höflich um Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

vpod Zentralsekretariat



Claudio Marrari
Zentralsekretär